

Zürich, 26.8.2010

Pressemitteilung zum Polizei- und Justizzentrum (PJZ)

JA zum Volkswillen und zu einem restriktiven Kostenmanagement

Die CVP hat kein Verständnis für die negative Haltung der Kommissionsmehrheit in Sachen PJZ. Eine Ablehnung des Kredits erachten wir als absolut verantwortungslos. Aus den aufgelaufenen Aufwendungen würden dem Kanton Kosten im zwei- bis dreistelligen Millionenbereich entstehen, ohne Nutzen für die Bevölkerung. Der Wille der Stimmbevölkerung würde mit Füßen getreten.

Am 30. November 2003 hat das Zürcher Stimmvolk dem PJZ-Gesetz zugestimmt. Der Rahmenkredit inklusive der aufgelaufenen Teuerung beträgt hierfür 539 Millionen. Der Regierungsrat beantragte dem Kantonsrat im Frühling einen Objektkredit von 568,6 Millionen Franken. 23 Millionen Franken der 29,6 Millionen Mehrkosten werden mit normativen Standarderhöhungen (z.B. bessere Wärmedämmvorschriften, höhere Sicherheitsstandards) begründet.

Nach kritischer Auseinandersetzung mit der Vorlage stimmt die CVP-Fraktion der Vorlage für den Bau des PJZ zu, sie unterstützt den breit abgestützten Minderheitsantrag auf Kürzung des Kredites um 10 Millionen. Den Kosten ist grundsätzlich ein besonderes Augenmerk zu widmen. Hier steht der Baudirektor in der Pflicht, mit einem umfassenden Kostencontrolling allfälligen Mehrkosten frühzeitig entgegen zu wirken.

Der Volkswille muss respektiert werden. Das Projekt bringt die vom Volk gewünschte Zusammenführung verschiedener Standorte in den Bereichen Justiz und Polizei, und es leistet einen wesentlichen Beitrag zur Neunutzung des Kasernenareals. Auch aus ökologischen Gesichtspunkten ist das Projekt zu begrüßen. Der Neubau wird eine wesentlich bessere Energieeffizienz aufweisen als die heutigen Standorte.

Bei Fragen: Dr. Josef Wiederkehr, Kantonsrat, 079 473 26 81

Christlichdemokratische Volkspartei des Kantons Zürich, Postfach 8027, 8002, Zürich www.cvp-zh.ch,